

Berliner Tageblatt

Nr. 363 • Ausgabe B Nr. 180
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 363

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die neuen Verwaltungsgrundsätze in Preußen.

Unterredung mit Minister Dominicus.

Die Beamtengehälter.

Der preussische Minister des Innern, Dominicus, gewährte mir ein Interview über die Unterredung mit dem Reichsminister des Innern, Dr. Brüning, die die neue Verwaltungsgrundsätze in Preußen betrafen. Der Minister ging vor allem auf folgende Punkte ein: Die neue Verwaltungsgrundsätze sind ein Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Mitgliedern der Oppositionsparteien und dem Reichsminister. Sie betreffen vor allem die Gehälter der Beamten. Die Gehälter sind seit Ende 1920 durch das Beamten-Gehaltengesetz geregelt worden, also unter Mitwirkung des Reichsministers. Die neue Verwaltungsgrundsätze sind ein Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Mitgliedern der Oppositionsparteien und dem Reichsminister. Sie betreffen vor allem die Gehälter der Beamten. Die Gehälter sind seit Ende 1920 durch das Beamten-Gehaltengesetz geregelt worden, also unter Mitwirkung des Reichsministers.

Die eine neue bedeutende Maßnahme der Staatsfinanzen darstellen werden.

„Mein Hauptstreben“, fuhr Minister Dominicus fort, „ist darauf gerichtet, eine eingehende Reform der Grundsätze für Annahme, Vorbildung und Ausübung der Regierungsreferendare und Assessoren durchzuführen. Ich hoffe, der Regierung im Oktober einen diesbezüglichen Entwurf vorlegen zu können. Das Ziel der angelegten Reform ist: Die Befestigung des **Klassen- und Landesgeistes im Rahmen der höheren Verwaltungsbeamten** und ihre Durchdringung mit sozialer Verankerung und weitgehendem volkswirtschaftlichen Interesse.“

Auf Ihre Frage, wie sich die unter neuen Bedingungen und seit dem Umsturz eingetragenen **neuen Beamten** verhalten, kann ich darauf hinweisen, daß ich eine Reihe von bisher nur formell ernannten Beamten in ihrem Amte bewahren mußte, andererseits freilich in mehreren Fällen davon ablassen mußte. Diese Beamten sind in mehreren Fällen durch andere Beamten ersetzt worden. Dies gilt auch für die Verlegung der Ämter. Es kann sich selbstverständlich nicht darum handeln, die Beamtenstellung lediglich nach Parteipositionen zu beurteilen, sondern es ist die große Aufgabe unserer Zeit, die Probleme in den Angelegenheiten und sie zu lösen, welche, aufzuheben.

Wir sind selbstverständlich auch der Ansicht, daß nicht mit jeder neuen Umwidmung der Regierung auch eine Erneuerung des Beamtenapparats stattfinden kann. Aber wir halten es für eine Selbstverständlichkeit und für eine Lebensfrage, daß auf dem Boden der **Republik** stehen, die der Verfassung und der demokratischen Prinzipien entsprechen. Dies wird jeder Angehörige der öffentlichen Verwaltung zu tun haben. Es ist die Aufgabe unserer Zeit, die Probleme in den Angelegenheiten und sie zu lösen, welche, aufzuheben.

Rücktritt des Staatssekretärs Freund?

Wir hören, daß der Staatssekretär des preussischen Innenministeriums, Dr. Freund, sein Amt abgeben wird. Die Nachricht ist allerdings noch nicht offiziell bestätigt. Die Umstände, die zu dem Rücktritt geführt haben, sind noch nicht bekannt. Es ist jedoch möglich, daß die Schwierigkeiten in der Verwaltung die Ursache sind. Die Umstände, die zu dem Rücktritt geführt haben, sind noch nicht bekannt. Es ist jedoch möglich, daß die Schwierigkeiten in der Verwaltung die Ursache sind.

Große Krawalle in Prag.

Prag, 4. August. (W. I. B.) Die Krawalle in Prag haben sich heute weiter entzündet. Die Demonstranten haben sich gegen die Polizei gewandt und mehrere Personen verletzt. Die Polizei hat mit Tränengas reagiert, was die Situation noch verschärft hat. Die Demonstranten fordern die Abdankung der Regierung und die Einführung der Verfassung.

Große Krawalle in Prag.

Prag, 4. August. (W. I. B.) Die Krawalle in Prag haben sich heute weiter entzündet. Die Demonstranten haben sich gegen die Polizei gewandt und mehrere Personen verletzt. Die Polizei hat mit Tränengas reagiert, was die Situation noch verschärft hat. Die Demonstranten fordern die Abdankung der Regierung und die Einführung der Verfassung.

Antunft einer russischen Gesandtschaft in Warschau.

Warschau, 4. August. (W. I. B.) Eine russische Gesandtschaft ist heute in Warschau angekommen. Die Gesandtschaft besteht aus mehreren Mitgliedern und wird von einem hohen Beamten geleitet. Die Ankunft der Gesandtschaft ist ein Zeichen für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Polen und Russland.

Das Märchen vom Bürgerblut.

Zu den Berliner Stadtverordnetenwahlen.

Von Dr. Ernst Feder.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung, die ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts aufgefällt hat, hat, bei der Form unwirksam, in der Sache meist unzulänglich, war eine solche Behandlung der Geschäfte auf die Dauer unerträglich. Das lag in der Hauptsache daran, daß die Mehrheitsparteien und Unabhängige mit 125 von insgesamt 225 Sitzen über eine feste Mehrheit verfügten, und daß innerhalb der damit gegebenen Koalition die Mehrheitsparteien in der Regel der radikaleren Gruppe unterlag. Die Spaltung der Unabhängigen hat an diesem Zustand nicht allzuviel geändert, und wenn sich einmal die Mehrheitsparteien dem Kommando der Unabhängigen und der Linksparteien nicht fügten, dann sprangen, wie beispielsweise bei der Wahl des Oberbürgermeisters Voß, hilfsbereit die deutschnationalen Rechtsparteien ein, gerade wie jetzt in Thüringen die notwendigen Grundbesitzer abgeholt und damit die Regierung der Mittelparteien zu Fall gebracht haben.

Man wird also auch weiter darüber ziemlich einig sein, daß ein Hauptziel der Wahlen vom 16. Oktober die Befestigung dieser sozialistisch-kommunistischen Mehrheit sein muß. Auch die Mehrheitsparteien selbst dürfte nicht zu dem Ziel zu betreiben sein, wenn dieses Ziel erreicht und sie der Entscheidung darüber entzogen wird, ob sie wieder mit der Fraktion Adolf Hoffmann (die vermutlich im neuen Stadtparlament einen neuen Führer aufweisen wird) eine Koalition bilden soll.

Die Befestigung der alten Mehrheit ist zu erreichen. Bei den Stadtverordnetenwahlen vom 20. Juni 1920 erhielten die drei Linksparteien gegenüber den nichtsozialistischen Parteien ein Mehr von rund 180 000 Stimmen. Bei den Landtagswahlen vom 20. Februar 1921 aber, bei dem die Wahlbeteiligung von 53 Prozent auf fast 71 Prozent, wurden im jetzigen Groß-Berlin für die nichtsozialistischen Parteien fast 10 000 Stimmen mehr als für Sozialisten und Kommunisten abgegeben. Allerdings wäre es falsch, dieses Verhältnis auch den kommenden Wahlen ohne weiteres zugrunde zu legen. Die Hunderttausende von unabhängigen Wählern, die bei den letzten Landtagswahlen infolge des vielfach mit den Linksparteien inerten Parteipolitikers der Wahlurne fernblieben, werden mindestens zum Teil wieder auftauchen. Ferner werden die beiden sozialistischen Parteien, wenn auch die jetzigen Verpfändungen noch nicht zu einer Arbeitsgemeinschaft führen, den Kampf gegeneinander dämpfen. Jedes Ziel kann deshalb nur erreicht werden, wenn namentlich das demokratische Bürgertum, das vermutlich in der unter den abgewählten Stimmen viel stärker vertreten ist als unter den abgewählten Stimmen, diesmal seine staatsbürgerliche Pflicht tut. In Charlottenburg beispielsweise wurde bei den letzten Landtagswahlen nur eine Beteiligung von 60 Prozent erzielt. Es ist nicht gerade anzunehmen, daß die fehlenden 40 Prozent in der Mehrheit aus Kommunisten und Sozialisten bestanden haben.

Aber es gibt allerdings einen Weg, der bestimmt zu der Wiederherstellung der alten sozialistisch-kommunistischen Mehrheit führen müßte: das wäre die Bildung eines alle nichtsozialistischen Parteien von den deutschen Demokraten bis zu den deutschnationalen Unabhängigen Bürgerblut, von dem in den letzten Tagen so viel die Rede war. Diese Blättermeldungen, die größtenteils aus einer interessierten vorkommlichen Quelle schöpften, waren meist irreführend. Sie gaben Wünsche, nicht Tatsachen wieder, und daß sie vielleicht noch fortgesetzt werden, von einer politischen Partei geht nicht aus. Die Frage ist, ob die Männer, die sie propagieren, mögen geschäftlich sehr tüchtig sein, in der Politik sind sie minder erfahren. Denn der Gedanke, heute für Berlin den Bürgerblut zu proklamieren, ist so herzlich dumm, daß man sich selbst fragt, ob er nicht vielleicht doch verwirrt geistet ist.

Wir wollen ganz von den technischen Schwierigkeiten absehen, die die Auffindung und die Anwendung eines Schließels für eine fünf Parteien gemeinsame Stadtkasse und fünfzig gemeinsame Bezirksstellen bereitet, und unter deren Druck werden müßte. Aber kann man sich denn einer Union von fünf Parteien hingeben, das eine solche Union drei vollkommen verfehlten, jede Wertbestimmungen einbüßen und rechts und links die Wähler in Massen wegsehen würde?

Das ist die Demokratie an einem solchen Mischmaß nicht beteiligen können, halten wir für selbstverständlich, keine verantwortliche Mission ist bisher befragt worden, und wir glauben nicht, daß es in Berlin eine solche gibt, die anders als mit Ablehnung antworten würde. Die Aufgabe und die Stärke der Deutschen demokratischen Partei liegt in ihrer Mittlerrolle zwischen rechts und links, zum natürlichen Zentrum der überal, im Reich, in Städten und Gemeinden, gebotenen Koalition der Mittelparteien, einschließlich der Mehrheitsparteien, macht. Sie gäbe sich im Anfang eines Wahlkampfes, der ihr bessere Chancen bietet, als die früheren, selbst auf, wenn sie mit einem „Bürgerblut“ auch nur kofretierte. Denn es gibt es auch unter den deutschnationalen eine Reihe von tüchtiger Kommunalpolitiker. Aber die Kampfesweise der gewonen Partei, wie sie von der in der Migration selbst der verübten Deutschen Volkspartei eben erst auf dem vierundzwanzig Seiten einer besonderen Broschüre enthielt wurde, ist doch eine derartige, daß die Demokraten mit dieser

Erste Sitzung des Obersten Rats am Montag.

Die englischen Teilnehmer.

Paris, 4. August. (W. I. B.) Die erste Sitzung des Obersten Rates wird am Montag um 11 Uhr vorzeitig stattfinden. Die Einladung des Obersten Rates wird von den Mitgliedern der Kriegskommission und den Repräsentanten der Obersten Rats bekräftigt werden. Die Sitzung wird von dem Obersten Ratsmitglied, Ministerpräsident Briand, den französischen Botschafter in London angefordert, den amerikanischen Botschafter in London zu erlösen, als Beobachter an den Beratungen des Obersten Rates teilzunehmen.

London, 3. August. (W. I. B.)

„Morning Standard“ zufolge gehen mit Lord George Curzon nach Paris, während Lord Curzon von Amstercan und Osborne von der Mitteilung für Offizieren, das britische Office begleitet sein wird. Lord George wird nur an dem Teil der Verhandlungen des Obersten Rates teilnehmen, der der Lösung der oberirdischen Frage ist, und wird sich im Laufe der nächsten Woche nach London zurückgeben. „Morning Standard“ hat es für sicher, daß die technischen Sachverständigen Englands, Frankreichs und Italiens einen diametral entgegengesetzten Vorschlag in der oberirdischen Frage vorbringen werden, daher sei eine vorläufige Zeitung möglich. — „Morning Post“ zufolge hat Lord George gestern nachmittags den französischen Botschafter und auch den belgischen Minister des Innern J. Van Langhe, der im Laufe des gestrigen Nachmittags wieder nach Brüssel zurückgekehrt ist.

Antunft einer russischen Gesandtschaft in Warschau.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 4. August.

Die Antunft der heute hier eingetroffenen sowjetrussischen Gesandtschaft in Stärke von fünfzig Personen unter Führung Radnans wird wie das telebische Echo in der Presse zeigt, als großes Ereignis gewertet. Freilich nicht in dem Sinne, daß nun die Anknüpfung mittelöstlicher oder anderer russischer Beziehungen zu Land Grund zur Freude gebe. Durch die Stimmen der Arbeiter klingt wieder die Furcht, daß die geschickten belgischen Agenten trotz mit den bolschewistischen Elementen des eigenen Landes Fühlung nehmen werden und

Prag, 4. August. (W. I. B.)

Die Krawalle in Prag haben sich heute weiter entzündet. Die Demonstranten haben sich gegen die Polizei gewandt und mehrere Personen verletzt. Die Polizei hat mit Tränengas reagiert, was die Situation noch verschärft hat. Die Demonstranten fordern die Abdankung der Regierung und die Einführung der Verfassung.

Große Krawalle in Prag.

Prag, 4. August. (W. I. B.) Die Krawalle in Prag haben sich heute weiter entzündet. Die Demonstranten haben sich gegen die Polizei gewandt und mehrere Personen verletzt. Die Polizei hat mit Tränengas reagiert, was die Situation noch verschärft hat. Die Demonstranten fordern die Abdankung der Regierung und die Einführung der Verfassung.

Antunft einer russischen Gesandtschaft in Warschau.

Warschau, 4. August. (W. I. B.) Eine russische Gesandtschaft ist heute in Warschau angekommen. Die Gesandtschaft besteht aus mehreren Mitgliedern und wird von einem hohen Beamten geleitet. Die Ankunft der Gesandtschaft ist ein Zeichen für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Polen und Russland.

Prag, 3. August. (W. I. B.)

Die Krawalle in Prag haben sich heute weiter entzündet. Die Demonstranten haben sich gegen die Polizei gewandt und mehrere Personen verletzt. Die Polizei hat mit Tränengas reagiert, was die Situation noch verschärft hat. Die Demonstranten fordern die Abdankung der Regierung und die Einführung der Verfassung.